

Abzocker, Profiteure, Superstars

Nicht immer sind Spitzenverdienste ungerecht, und zu hohe Steuern können der Volkswirtschaft schaden. Das zeigt die Forschung des Ökonomen Florian Scheuer zur Besteuerung von Superreichen. Von Michael T. Ganz

Bernie Madoff kommt die zweifelhafte Ehre zu, als erster globaler Betrüger in die Geschichte dieses Planeten einzugehen. Als das FBI den bis dahin hochangesehenen Finanz- und Börsenmakler 2008 verhaftete, hatte er die Kunden seiner Vermögensverwaltungsfirma mit einem Schneeballsystem um rund 50 Milliarden US-Dollar geprellt. Etwa drei Millionen Menschen weltweit waren direkt oder indirekt vom Schaden betroffen. Die Finanzkrise hatte – zumindest moralisch – ihren Tiefpunkt erreicht.

Florian Scheuer forschte damals am Massachusetts Institute of Technology zu Steuerfragen. «Der Fall Madoff, aber auch die astronomischen Einkommen an der Wall Street und das dumpfe Gefühl von Ungerechtigkeit haben mich motiviert, über die Besteuerung von Spitzeneinkommen nachzudenken», erzählt Scheuer. Seit Anfang 2017 ist der gebürtige Deutsche ordentlicher Professor für Ökonomie in Zürich. Was ist optimale Steuerpolitik? Wann ist sie gerecht, wann ungerecht? Scheuer sucht volkswirtschaftliche Antworten.

Ein Stück vom Kuchen

«Am Anfang steht für mich die Frage, ob Leute auf Kosten anderer verdienen», sagt Scheuer. Im Verlauf seiner Arbeit hat er bei Spitzenverdienern drei Kategorien ausgemacht: die Abzocker, die Profiteure und die Superstars – um es mal grob zu formulieren. Zur ersten Kategorie gehören beispielsweise CEOs, die Mandate in mehreren Verwaltungsräten innehaben und sich gegenseitig Kompensationsverträge zuschanzen. «Sie verhandeln ihre Saläre auf Kosten der produktiv Tätigen und damit letztlich auf Kosten der Volkswirtschaft.» Die Ökonomen nennen die Profiteure «rent seekers». Statt mitzuhelfen, den wirtschaftlichen Kuchen zu vergrössern, schneiden

sich «rent seekers» Stücke vom vorhandenen Kuchen ab. Das ist ungerecht – nicht nur aus moralischer, auch aus volkswirtschaftlicher Sicht. «Hier», sagt Scheuer, «ist es zweifellos fruchtbar, Spitzensteuern zu erheben.» Dadurch sinkt der Anreiz für solche Tätigkeiten, und durch finanzielle Umverteilung steigen die Löhne jener, die produktiv am Kuchen mitbacken.

Die zweite Kategorie bilden Börsenhändler, die sich auf den Hochfrequenzhandel speziali-

Manager und Börsenhändler

Richtig steuern

Nicht jeder, der viel verdient, hat das auch verdient. Das gilt etwa für CEOs, die sich gegenseitig lukrative Kompensationsverträge in Verwaltungsräten zuschanzen. Jene Manager, die zum Erfolg ihres Unternehmens beitragen, sollten jedoch nicht mit zu hohen Steuern vergrault werden.

siert haben. Dank Internet reagieren sie umgehend auf kleinste Preis- und Währungsschwankungen und generieren so Einkommen. «Da geht es nicht um Sekunden, da geht es um Nanosekunden», sagt Florian Scheuer. Hochfrequenzhändler investieren denn auch in immer bessere Infrastruktur – extrastarke Rechner, ultraschnelle Glasfaserleitungen – und mieten teure Büros in unmittelbarer Nähe zur Börse, um Datenwege kurz zu halten.

Mächtige Manager

«Für die Volkswirtschaft ist das alles völlig nutzlos», sagt Florian Scheuer. Wie also diesem Tun den Riegel schieben? Die Gewinne hoch besteu-

ern wie jene der CEOs? «Das wäre in diesem Fall sogar kontraproduktiv», warnt Scheuer. Dränge man die erfolgreichen Hochfrequenzhändler mit hohen Steuern aus ihrem Job, rückt sofort eine andere nach, die man auf diese Weise dem produktiven Markt entzöge. «Statt hoher Steuern braucht es im Hochfrequenzhandel Regulierung. Der Staat könnte zum Beispiel anordnen, dass der Stock Exchange nur noch im Minutentakt zugänglich ist. Der Wirtschaft erwachsen dadurch keinerlei Nachteile.»

Ein paar Prozente besser

Die dritte Kategorie ist jene der sogenannten Superstars. Das sind die ganz Grossen unter den Managern, jene also, die dank stetig wachsender Märkte und Unternehmen weit mehr Heil oder Unheil anrichten können, als es Manager vor zwei Jahrzehnten noch konnten – genau wie Tankerkapitäne, deren Schiffe heute zehnmal mehr Öl transportieren als früher. Das Problem: Um ans Steuer eines Grosskonzerns zu kommen, muss ein Manager ein paar wenige Prozente besser sein als seine Mitbewerber. Mit seinem Unternehmen ist er dann allerdings zehnmal produktiver als jene kaum weniger fähigen Managerkollegen, die «normale» Firmen führen. Ist es gerechtfertigt, wenn der zehnmal produktivere Superstar auch das Zehnfache verdient?

Volkswirtschaftlich gesehen ja, denn die Hebelwirkung des Superstars, die Auswirkungen seiner Entscheidungen seien auch zehnmal grösser, so Scheuer. Kann man Superstars dann wenigstens maximal besteuern und das Geld «nach unten» umverteilen? Nein, sagt Florian Scheuer, denn mit maximalen Steuersätzen schiesse man der Volkswirtschaft in den Rücken. In Grossunternehmen sei die Hebelwirkung nämlich auch dann zehnmal grösser, wenn hohe Besteuerung Demotivierung und Führungsschwäche in den Chefetagen auslöse. «Letztlich trifft es dann jene, die weiter unten in der Einkommensverteilung die Folgen zu spüren bekommen», sagt Scheuer.

Die Erfahrung in den USA hat gezeigt, dass der Steuersatz für Spitzeneinkommen, der die Steuereinnahmen für den Staat maximiert, bei etwa 60 Prozent angesiedelt ist. Spielen allerdings Superstar-Effekte eine Rolle, sollte er 40 Prozent nicht überschreiten.

Das heisst freilich nicht, dass Superstars weniger Steuern bezahlen als Wenigverdiener; die Progression schafft hier bekanntlich den Ausgleich. Es gilt jedoch, die Progressionskurve so zu legen, dass auch Grossunternehmen noch produktiv arbeiten und der Volkswirtschaft einen Nutzen bringen können.

Wenig Aufsteiger

Ungerechtigkeit, so Scheuer, lasse sich ohnehin nicht nur am Lohngefälle, sondern vor allem auch an der Chancenungleichheit festmachen. «Die meisten Menschen sind sich darüber einig, dass Chancengleichheit eines der primären Ziele sein muss. Was jeder und jede aus seiner Chance macht, kann man dann je nach politischer Präferenz als gerecht oder ungerecht empfinden.» Auch in der Schweiz wäre dieser Ansatz angebracht, ist es um die Chancengleichheit doch gar nicht so gut bestellt: Die Statistik zeigt, dass Menschen mit finanzschwacher und bildungsferner Herkunft hierzulande geringere Chancen auf einen Beruf mit hohem Einkommen haben als in anderen Ländern.

Mit der Steuerpolitik allein lasse sich die Welt nicht gerechter machen, bilanziert deshalb Florian Scheuer. Für eine langfristige Entwicklung weg von Abzockern, Profiteuren und Superstars bedürfe es allem voran einer Bildungspolitik, die Chancengleichheit fördere. «Mit ungleichen Chancen wird der Grundstein für spätere Ungerechtigkeit gelegt. Und diese lässt sich mit Steuern und Regulierung nur noch begrenzt ausgleichen.»

Kontakt: Prof. Florian Scheuer, florian.scheuer@uzh.ch

Überschätzte Teenager

In entwickelten Ländern haben die meisten Menschen Zugang zum Internet. Doch nicht alle profitieren gleichermassen davon. Besonders Jugendliche werden in ihrer Online-Kompetenz oft überschätzt. Von Theo von Däniken

Kleider kaufen, einen Pass beantragen, eine neue Stelle suchen, Zahlungen erledigen, Ferienfotos mit Freunden austauschen, eine politische Petition unterschrieben: Immer mehr alltägliche Tätigkeiten und Besorgungen machen wir online – unabhängig von Schalteröffnungszeiten oder unserem jeweiligen Aufenthaltsort. Vorausgesetzt, wir haben einen Internetzugang, können wir jederzeit alle Möglichkeiten der Online-Welt nutzen. In der Schweiz ist diese Voraussetzung fast bei allen gegeben: Gemäss Bundesamt für Statistik verfügten 2016 93 Prozent aller Haushalte über einen Breitband-Internetzugang. Nur wenige Länder sind besser verbunden, darunter die skandinavischen Staaten mit Spitzenreiter Norwegen (97 Prozent) oder Südkorea, wo bereits 2011 97 Prozent der Haushalte einen Breitbandanschluss hatten.

Weniger Bildung – weniger Internet

Auch wenn fast alle in der Schweiz Internetzugang haben, ganz gleichmässig verteilt ist er nicht: Wer älter ist, über weniger Einkommen verfügt oder eine weniger gute Bildung aufweist, hat geringeren Zugang zum Internet. Bei den über 65-Jährigen haben lediglich 70 Prozent der Haushalte einen Breitbandanschluss, in Haushalten mit monatlichem Bruttoeinkommen von 5000 Schweizer Franken und tiefer liegt der Wert bei 73 Prozent und in Haushalten mit tiefem Bildungsniveau (obligatorische Schule) ist er unter 70 Prozent.

Doch diese Unterschiede im Zugang haben sich in den vergangenen Jahren stark verringert. Ist die Ungleichheit bei der Nutzung des Internets also gar kein Thema, erst recht nicht, weil dereinst alle Zugang zum Internet haben werden? Nein, meint Eszter Hargittai, Professorin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der UZH: «Der Fokus hat sich in den letz-

ten Jahren verschoben, weg von der Frage des Zugangs hin zu der, wie unterschiedliche Kompetenzen die Internetnutzung beeinflussen.» Dabei, so Hargittai, übertragen sich sozial und ökonomisch begründete Ungleichheiten, die beim Zugang sichtbar waren, auch auf die Nutzung.

Nicht so gewieft wie angenommen

Der Internet-Zugang für alle schwächt diese Ungleichheiten nicht ab, sondern tendiert paradoxerweise dazu, sie eher noch zu verstärken, so

«Teenager kennen sich in der Internet-Technologie nicht besser aus als jemand, der 35- oder 40-jährig ist.»

Eszter Hargittai, Kommunikationsforscherin

Hargittais Beobachtung. Ein Grund dafür sind Fehleinschätzungen zur Internet-Kompetenz junger Menschen. «Es gibt zwei Annahmen, die weit verbreitet, aber falsch sind», so Hargittai. Die erste ist, dass junge Menschen, die mit dem Internet gross geworden sind – so genannte Digital Natives – allein deshalb schon besonders gewieft im Umgang damit sind. Tatsächlich gibt es aber grosse Unterschiede, wofür junge Menschen das Internet nutzen, wie sie sich auf sozialen Medien verhalten und wie stark sie sich in Online-Aktivitäten einbringen. Nicht alle, die dauernd online sind, können aus dieser Aktivität auch einen Nutzen ziehen.

Die zweite Annahme geht davon aus, dass jüngere Menschen automatisch besser sind im Umgang mit dem Internet als ältere, von diesen also nichts lernen können. Auch dies, so zeigen Studien, trifft nicht zu. «Teenager oder Menschen in den Zwanzigern kennen sich in der Internet-